

Beschlußempfehlung

Ausschuß
für Sozial- und Gesundheitswesen

Hannover, den 4. 5. 1983

Betr.: **Wohnangebote für behinderte Mitbürger**

Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/342

Berichterstatter: Abg. Graeber (SPD)

Der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Entschließung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

1. die im Behindertenbericht 1981 beschriebenen gestuften Wohnformen für Behinderte weiterzuentwickeln. Die Landesregierung soll darauf hinwirken, daß sich die nach dem geltenden Recht zuständigen Kostenträger im Rahmen ihre Verpflichtung an der Durchführung des Konzepts beteiligen.
2. Verhandlungen mit den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zu führen mit dem Ziel, die Einrichtung von Wohngemeinschaften für seelisch bzw. geistig Behinderte zu ermöglichen.

Für eine Übergangszeit soll das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe in konkreten Einzelfällen auf freiwilliger Basis finanzielle Hilfen anbieten. In den Landeshaushalt sind entsprechende Mittel einzustellen.“

Lewandowsky
Vorsitzende

(Ausgegeben am 9. 5. 1983)